

MEDIENKONFERENZ VOM 21. MÄRZ 2023

Daniel Lampart

Kollektives Versagen der Bankenregulierung **Arbeitnehmende sollen nicht für die Fehler von Bankmanagern und Behörden zahlen**

Es ist entsetzlich, aber leider wahr: Knapp 15 Jahre nach der UBS-Rettung wurde auch für die Credit Suisse CS, die zweite internationale Grossbank der Schweiz, eine staatliche Rettungsaktion nötig. Die Verantwortlichen der CS haben die Bank mit exzessiven Risiken und handwerklicher Überforderung in die Insolvenz getrieben. Und die Verantwortlichen beim Bund und bei der Nationalbank haben der Bevölkerung etwas vorgemacht. Sie gaben vor, die Probleme der «systemrelevanten» Banken so weit reduziert zu haben, dass es keinen zweiten UBS-Fall mehr geben würde, bei dem der Bund Garantien für Bankverluste übernehmen muss. Doch die komplizierten Abwicklungspläne haben sich im Krisenfall als nutzlos entpuppt.

Leidtragende sind die Bevölkerung und die Angestellten der CS, welche Tag für Tag pflichtbewusst ihre Arbeit machen und das Land am Laufen halten, während sich die Verantwortlichen der CS mit ihren Millionensalären schon lange abgesetzt haben.

Die CS ist eine der grössten Firmen der Schweiz. Sie beschäftigt rund 17'000 Personen (Vollzeit). Davon alleine rund 10'000 im Raum Zürich – also in der Grössenordnung der Swissair beim Grounding. Die Übernahme der CS ist daher mit grossen sozialen und wirtschaftlichen Risiken verbunden. Heute hat die CS einen Sozialplan, der den betroffenen Arbeitnehmenden Zeit gibt, eine neue Stelle zu finden. Mit der Übernahme der CS stellen sich ganz neue Fragen. Der Bankpersonalverband fordert deshalb eine Taskforce, die Massnahmen ausarbeitet, um Stellenverluste, Arbeitslosigkeit und soziale Härte verhindern. Hauptziel ist der Erhalt der Stellen. Zusätzlich braucht es einen guten Sozialplan, mit dem Ziel, dass die Betroffenen eine neue Stelle finden.

Auch volkswirtschaftlich steht viel auf dem Spiel. Es war immer klar, dass der Konkurs einer Grossbank auch andere Banken oder Wirtschaftszweige mitreissen kann. Zumal die wankende Grossbank kaum alleine Probleme hat, sondern die Probleme in einem grösseren, internationalen Krisenumfeld auftreten. Die Logik der Too-big-to-fail-Massnahmen der Schweiz hat dieses Problem in Abrede gestellt. Die Aussage der Finma an der Medienkonferenz, dass bei einer «Vertrauenskrise» der «Too-big-to-fail»-Mechanismus nicht zum Tragen kommen kann, hinterliess einen fassungslos. Die Krise hat sich offenbar nicht an das Drehbuch der Behörden gehalten. Nationalbank, Bund und Finma verfolgten folgenden Ansatz: Grossbanken sollten so aufgestellt sein, dass sie auch Konkurs gehen könnten. Darum haben sie bei den Too-big-to-fail-Massnahmen den Aspekt der Prävention sträflich vernachlässigt. So wie es sich die betroffenen Banken gewünscht haben. Riskante Geschäfte und die Bonuslohnsysteme, welche dazu einluden, Risiken einzugehen, wurden

weiterhin toleriert. Bundesrat Maurer hat sich vor allem für Steuererleichterungen für den Finanzplatz eingesetzt (Teil-Abschaffung der Verrechnungssteuer u.a.). In seiner Zeit hat sich das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen sich immer mehr in Richtung einer Lobbyorganisation für den Finanzplatz entwickelt.

Der Niedergang der CS hat schon vor Jahren begonnen. Wer die Schuld bei den jüngsten Social-Media-Posts sucht, hat das Problem nicht verstanden. Die externen Analysen zu Archegos und Greensill sprechen beispielsweise eine klare Sprache. Die Jagd nach kurzfristigen Renditen und Risiken und die Bonuslohnsysteme, welche dieses Verhalten fördern, waren toxisch. Dazu kam, dass die CS eine Führungscrew mit sehr wenig Bankerfahrung hatte, welche die Risiken nicht im Griff hatte. Thiam kam von den Versicherungen, Rohner von Sat1 (mit einer Tätigkeit in der CS-Rechtsabteilung), Roche-Chef Schwan von der Pharma. Die CS-Führung bildete zudem nicht genügend Liquiditäts- und Eigenkapitalreserven, um bei diesen grossen Risiken für schwierige Zeiten vorbereitet zu sein.

Indem die CS von der UBS übernommen wird, wird zwar kurzfristig das Problem CS entschärft. Gleichzeitig entsteht eine neue, viel grössere UBS mit einer Bilanzsumme wie vor der Mitte der 2000er-Jahre. Und das mit einem Chef, dem eine Anklage wegen Geldwäscherei droht.

Es ist zwingend, dass nach dem faktischen Zusammenbruch der zweiten Grossbank endlich Massnahmen entwickelt werden müssen, welche solche Ereignisse künftig verhindern. Es braucht unabhängige Behörden, welche sich ernsthaft dafür einsetzen, dass sich solche Ereignisse nicht wiederholen. Und es braucht vor allem eine wirksame Prävention und erst in zweiter Priorität komplizierte Krisenmechanismen, die im Krisenfall unter Umständen gar nicht anwendbar sind.

Die Behörden müssen dafür sorgen, dass die Banken ausreichend Liquiditäts- und Eigenkapital-Reserven haben, um die Verluste selber tragen zu können. Sie müssen Einschränkungen in Bezug auf die Risiken, die sie eingehen können, durchsetzen. Die risikotreibenden Bonuslohnsysteme müssen endlich abgeschafft werden. Und es sollen nur Personen eine Bank führen können, die die entsprechenden Qualifikationen haben. Die Finma hätte diesbezüglich eigentlich bereits Kompetenzen.

Die Ereignisse rund um die CS müssen konsequent aufgearbeitet werden. Es muss untersucht werden, inwiefern das Finanzdepartement, die Nationalbank und die Finma ihre Aufgaben wahrgenommen oder versäumt haben. Auch die Verbindungen zum Finanzplatz müssen transparent gemacht werden.

Der Bund hat der UBS eine Garantie von 9 Mrd. Fr. gegeben. Das entspricht 1000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner der Schweiz - weil die Behörden die CS bzw. die Grossbanken nicht konsequent an die Leine genommen haben. Bundesrätin Keller-Sutter wird der Bevölkerung vermitteln müssen, dass man die UBS und die CS unterstützt, während sie gleichzeitig bei den AHV-Renten sparen will, während der Bund die Renten in der 2. Säule senkt und die Krankenkassenprämien steigen und steigen. Die Steuern für die Firmen wurden in den meisten Kantonen gesenkt. Auch die Grossbanken und ihre Manager haben davon profitiert. Das muss sich ändern. Die Schweiz muss eine Kaufkraft- und Abgabenpolitik machen, welche auf die Arbeitnehmenden ausgerichtet ist, die ihre Arbeit machen und das Land am Laufen halten.